

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erhebt wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und die Verteiler, die Setzungen und die Geschäftsstelle Torngauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Vorkauf bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Wochenteil 30 Goldpfennig, einseit. Umrahmung, Scherenschnitt und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbzg. Halle.

Nr. 121.

Sonnabend, den 10. Oktober 1931.

34. Jahrg.

Brünnings neues Kabinett fertig

Brüning bei der Regierungsbildung.

Empfänge und Mitagen.

Reichkanzler Dr. Brüning hat am Freitag seine Bemühungen fortgesetzt, die neue Reichsregierung zu bilden. Es sind von ihm auch neue Männer empfangen worden, da er von einigen von ihm vorgesehene Ministerkandidaten entgegennehmen hat. So wird bekannt, daß der Ehrenvorsitzende der DVP, Reichsminister a. D. Scholz, in einem Schreiben an den Reichskanzler einen Eintritt in das Kabinett abgelehnt hat. Er erklärt darin, auf Grund seiner langjährigen parlamentarischen Erfahrungen sei er zu der Überzeugung gekommen, daß es jetzt an der Zeit sei, die Reichsregierung voran zu bringen, die ihm von Reichskanzler Brüning angebotenen Ministerien (Inneres und Justiz) zu übernehmen.

Dr. Brüning hatte, wie weiter bekannt wird, Verhandlungen mit den Industriellen Dr. Höpfer, Dr. Silberberg und Dr. Schmidt, die längere Zeit in Anspruch nahm. Sie drückten sich, wie man hört, um allgemeine Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik.

In politischen Kreisen schwebten übrigens für den Fall, daß Dr. Brüning keinen Erfolg bei der Regierungsbildung haben sollte, Namen anderer Kanzlerkandidaten umher. So wurden genannt der ehemalige Reichswehrminister Dr. Gieseler, der frühere Reichskanzler Cuno, Reichsfinanzminister Dr. Zühlke, Fritz v. Goltz u. a. Die Reichsopposition erklärte aller dieser Kombinationen gegenüber, daß, falls Brüning nicht zum Erfolg käme, die Reichsregierung nicht von ihm, sondern von einem anderen Minister gebildet werden sollte, der die nationale Opposition zu vertreten hätte.

Nach zweitägigem Suchen ist es Reichskanzler Brüning gelungen, sein neues Kabinett zu bilden. Die neue Ministerliste sieht so aus:

Reichskanzler und Außenminister: Brüning,
Wirtschafts- und Finanzen: Dietrich,
Inneres und Reichswehr: Gröner,
Wirtschaft: Professor Warmbold,
Justiz: Joel,
Verkehr und Seehandel: Trevisanus,
Arbeit: Stegerwald,
Post: Schädel,
Ernährung: Schiele.

Wieder eine „Annäherung“.

Was will Laval in Washington?

Die beherzigten Worten des amerikanischen Präsidenten vor dem panamerikanischen Wirtschaftskongress in Washington, daß seine Regierung eine Annäherung annehmen oder gebären sollte, wenn diese nicht wirklich für produktive Zwecke bestimmt sei, insbesondere dann nicht, wenn sie für militärische oder Kriegszwecke Verwendung finden sollen, mußte er dahin ergänzen, daß auch

keine Reparationen

an Länder gezahlt werden dürften, die dieses Geld in Kriegszwecken anlegen. Da der französische Ministerpräsident mit Hoover bei seinem Besuch im Weißen Haus auch die Reparationsfrage besprochen wird, so wird der Amerikaner wahrscheinlich Gelegenheit nehmen, den Franzosen darauf hinzuweisen, daß ebenso gefährlich wie Anleihen zu Kriegszwecken auch Forderungen sind von sogenannten Reparationen zu Kriegszwecken, d. h. Einfuhr von Kriegsmaterial. Während in Amerika bereits die Erkenntnis

vom Fluch des Goldiegens

auf dem Marsch zu sein scheint, gilt das gleiche noch nicht für Frankreich, das sich bekanntlich bisher allen internationalen Vereinigungen um eine gleichmäßigere Verteilung von Gold und Kredit bemüht hat. Vielleicht führt die Annäherung zwischen den führenden Männern der beiden Länder

mit dem „großen Fortschritt“

dazu, den Boden aufzulockern, damit das vorläufig noch so formtierreiche französische Tributregiment Wurzeln fassen und wachsen kann.

Die Harzburger Tagung.

„Willens- und Bewegung“

Der deutschnationalen Vertreter im Arbeitsausschuß der Nationalen Opposition, Reichstagsabgeordneter Schmidt-Dannover, anberaht sich mit der Harzburger Tagung einem Journalisten gegenüber. Der Zeitpunkt wurde mit Rücksicht auf den Reichstagsbeginn gewählt. Daß er eine Willens- und Bewegung der Milieufront der gesamten nationalen Bewegung gerade am Vorabend der amerikanischen-französischen Verhandlungen ermöglicht, werden wir uns besonders glücklichen Umstand. Bei der inneren Bruchzeit der Regierung Brüning hat es uns nicht überlassen, daß das Bekanntwerden der Tagung den Regierungsturz auslöste.

Aber die nervösen Versuche, durch eine scheinbare Reichsverlagerung des Kabinetts unseren Druck abzuschwächen und ein „Stillhalten“ der parlamentarischen Milieufront zu erreichen, können wir mit Ruhe zur Kenntnis nehmen. Harzburg soll nicht neue Organisationsformen schaffen, sie nur in der Mitte zur Tagung ihres Verfalls künstlich aufzuschieben, es solle der lebendige Ausdruck eines Kräftestroms sein, den man mit Verbotsworten und Scheinstillhalten aufhalten wird. Die Willens- und Bewegung der Harzburger Tagung, auch aus Kreisen, die sich bisher nicht zur nationalen Opposition bekannten, überlegen weit die durch die Raumverhältnisse selber gezogenen Grenzen.

Die Pressefelle der Reichsleitung der NSDAP betonen zur Harzburger Tagung: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als der weitaus stärkste und entscheidende Machtfaktor im Ringen um ein neues Deutschland gehe nach Harzburg, um ihren nationalsozialistischen Willen im Rahmen der dort vereinigten Opposition gegen das System Brüning zielweisenden Ausdruck zu geben und zur stärksten politischen Auswirkung zu bringen.

Hüter bei Hindenburg?

Von gut unterrichteter Seite wird bekannt, daß für Sonnabend ein Empfang Hütters bei Reichspräsident Hindenburg vorgesehen war. Bei diesem Empfang soll es zu einer Aussprache über die politische Lage kommen. Bedeutsam ist dabei, daß diese Aussprache noch vor der Harzburger Tagung der nationalen Opposition stattfindet. Es ist übrigens das erste Mal, daß der Reichspräsident Hütter sehen wird. Schon vor einiger Zeit gingen in politischen Kreisen Gerüchte, daß Hütter um einen Empfang beim Reichspräsidenten nachgesucht habe. Diese Gerüchte wurden infolgedessen dementiert.

Der amerikanische Botschafter in Paris hat in einer Ansprache über den Besuch Laval bei Hoover folgendes erklärt: Wir stehen am Vorabend eines entscheidenden Wendepunktes in den französisch-amerikanischen Beziehungen. Es ist heute unerlässlich, eine französisch-amerikanische Annäherung zum Besten der Allgemeinheit zu suchen. Die Bewegung des Ministerpräsidenten Laval mit Präsident Hoover wird es ermöglichen, die Grundfrage für eine reifliche Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zu finden, die auf realer Basis aufgebaut sein muß und deren höheres Ziel die Wiederherstellung der Welt ist. Man darf nicht sofort auf Wunder rechnen, aber darf dieser Bewegung auch nicht zu wenig Bedeutung beimessen.

Deutschland ist nun schon so oft

mit „Annäherungen“ vertraut

und auf ihre vorläufigen Erfolge verwiesen worden, daß es fast aufheißert hat, an sie zu glauben. Um so freudiger wird es überbracht sein, wenn aus der Annäherung zwischen Frankreich für die Welt und für die Welt etwas Bestimmtes herantommen wird.

Hoover und die Tributfrage.

Erster Schritt von Deutschland erwartet?
Die Ausführungen Hoovers auf der überparteilichen Konferenz im Weißen Haus haben in weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit eine gewisse Enttäuschung verursacht. An zentraler Stelle wird demgegenüber betont, es sei eigentlich selbstverständlich, daß Hoover trachte, zunächst Ordnung in Amerika selbst zu schaffen. Außerdem habe Hoover auf dem Standpunkt, daß die Schuld- und Tributfrage noch mit Laval erörtert werden müsse, daß er sich aber keine, Laval hierbei vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Es ist bekannt geworden, daß Präsident Hoover tatsächlich die Absicht hatte, dem im Weißen Hause fortgeführten Konferenz eine zweijährige Verlängerung des Moratoriums vorzuschlagen. Der Widerspruch verschiedener Senatoren und Abgeordneter zwang Hoover zum Nachgeben.

Das Staatsdepartement ist von dem Pariser amerikanischen Botschafter unterrichtet worden, daß Laval bereit sei, die Schuldentragung zu verlängern. Die Franzosen würden jedoch seiner Moratoriumsverlängerung zustimmen, ohne gleichzeitig festzulegen, was den weiteren Fortschritt zu folgen habe.

In einer Meldung des Washingtoner Korrespondenten der „Times“ heißt es, daß in der Tribüne von Europa, bzw. Deutschland, die Initiative von Hoover ausgeht, die Initiative von Hoover ausgeht. Über diese angebliche Auffassung des amerikanischen Präsidenten liegt in Berlin, wie von zuständigen Stellen erklärt wird, keinerlei Mitteilung vor.

Hoover gegen die bisherige Anleihepolitik.

Auf der Panamerikanischen Wirtschaftskonferenz, die in Washington eröffnet wurde, hielt Präsident Hoover eine bemerkenswerte Rede, in der er schonungslos die Anleihepolitik der letzten Jahre verurteilte. Hoover ging dabei so weit, die amerikanischen Bankiers geradezu als mitschuldig an der gegenwärtigen Weltdepression hinzustellen. Alle Wähler und Regierungen sollten es sich zum Bewußtsein machen, Anleihen wieder zu geben noch zu nehmen, insbesondere sei vor Anleihen zu warnen, die von den Regierungen zum Ausgleich der Staatsbankrotte aufgenommen würden, deren Zehntel durch Währungsaußen-gaben oder unproduktive öffentliche Arbeiten entlastbar seien. Jede andere Anleihe, so erklärte Hoover, müsse zur Verarmung des anleihebenehrenden Volkes führen.

Scharfmacherei gegen die Verlängerung des Hoover-Jahres.

Auf der Tagung des Amerikanischen Bankierverbandes in Atlantic City wandte sich der Direktor der Bankers Trust Company in New York, Fred Kent, in scharfer Form gegen die politischen Bestrebungen, die eine Verlängerung des Schuldennormatoriums verheißen wollen. Er erklärte, ein Erfolg derartiger Bestrebungen müßte eine Weltwirtschaftskatastrophe herbeiführen.

Die Sitzung des Reichsrats.

Der Reichsrat nahm in seiner Sitzung zunächst drei internationale Abkommen an, die den langgehegten Wunsch weiter fördern, und Juristenkreise nach Vereinfachung des internationalen Rechts zu vereinfachen.

Gegen die Stimme des Landes Oberrhein wurde das Abkommen über die Zollvereinfachung bis Ende 1936 verlängert. Zum Vertreter des Reichsrates im Reichskongress wurde der thüringische Minister Dr. Rünger, zu seinem Stellvertreter der anhaltische Regierungsrat Dr. Lange bestellt.

Der Reichsrat stimmte ferner einer Ausführungsverordnung zu, die die Möglichkeit schaffen soll, daß Wirtschaftsprüfer, auch soweit sie nicht selbständige Gewerbetreibende sind, von den Landesbehörden vereidigt und öffentlich angeheft werden können. Die Notwendigkeit zur Vereidigung solcher Wirtschaftsprüfer habe sich, wie der Berichterstatter betonte, auch aus der Veranschaulichung der Bauparaffen unter der Veranschaulichung und aus der bevorstehenden Aktienrechtsreform ergeben.

Schließlich fand eine Verordnung Zustimmung, die den landwirtschaftlichen Klein- und Nebenerwerbsbetreibern die Erlaubnis zum Brennen von zugelassenem landwirtschaftlichen Müll erteilt. Es soll dadurch eine weitere Verwertungsmöglichkeit für die reichsweite Müllabfälle geschaffen werden.

Weltkampf gegen die Wirtschaftsnot.

England zur Mitarbeit bereit.

Der englische Außenminister Lord Reading erklärte vor seiner Abreise aus Paris der Presse, er habe seinen französischen Kollegen in aller Offenheit die Lage seines Landes dargelegt, während mit ihm die französischen Minister mit der gleichen Offenheit von der Lage Frankreichs gesprochen hätten. Der Zufall habe es gewollt, daß er sich gerade zu einer Zeit in Paris befunden habe, in der die Mitglieder des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses ernannt worden seien.

Die in Berlin gefundene Lösung sei nicht nur von ihm persönlich, sondern von der gesamten britischen Regierung und der englischen Öffentlichkeit mit besonderer Vergnügung aufgenommen worden. Man sehe darin den Beginn einer neuen Ära für die Beziehungen der europäischen Länder untereinander. Die britische Regierung hoffe, daß die Bemühungen der beiden Länder im Interesse des europäischen Friedens und der Wiederherstellung der europäischen Wirtschaftslage fortgesetzt würden. Die englische Regierung erkläre sich mit Freuden bereit, daran teilzunehmen.

Die begriße außerdem die Washingtoner Reise des französischen Ministerpräsidenten und hoffe, daß sie von einem vollen Erfolg gekrönt sein werde.

Kritik an der Notverordnung.

Der Deutsche Industrie- und Handelsrat zur Wirtschaftspolitik. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat sagte das Ergebnis der Sitzung seines Hauptausschusses, in der auch Reichsamtpräsident Luthner gesprochen hatte, wie folgt zusammen: Es ist höchste Zeit, sich zu gemeinsamen internationalen Anstrengungen zusammenzufinden, um die Währungsfragen zu klären, dringende Produktionsmittel und dringende Bedürfnisse zu decken und den wirtschaftlichen Güter- und Kapitalaustausch wiederum, nicht mehr

durch politisch bedingte Auflagen gekürzt, in natürlicher Klarheit zu bringen. Für Deutschland ist die entschlossene Behandlung der gerade aus diesem Zusammenhang sich ergebenden wirtschaftspolitischen Grundfragen und insbesondere eine Anpassung an allen Stellen gerichtete Politik unverzichtbar geworden. Die neue Notverordnung dringt nicht zum Kern der Probleme

vor. Neben notwendigen Maßnahmen bringt sie auch solche, gegen die erste Bedenken bestehen. Auf steuerlichem Gebiete hat die Hauszinssteuer vom Standpunkt der Arbeiterschaft und des Kleinverdieners wie der Arbeitbeschäftigung eine durchaus ungenügende Regelung gefunden. Vor allem aber ist festzustellen, daß die großen Fragen, wie die Reichsregierung selbst anerkennt, immer noch der Entscheidung harren. Die Volkswirtschaft geht einer Einknickung auf die Verfestigung und Bewegung der unentbehrlichen und primitiven Güter und damit

einer gefährlichen Arbeitslosigkeit entgegen, wenn nicht diese Fragen alsbald gelöst werden. Das deutsche Volk bedarf hierzu einer überparteilichen Führung und einer von ihr geleiteten sachlichen Zusammenarbeit aller, die entschlossen und fröhlich genug sind, Deutschland durch eine Politik richtiger Erkenntnis und gemeinsamer Opfer zu erhalten. Wie in voller Einmütigkeit betont wurde, muß nun uneingesäumt die Führung des Reiches sich in der Verwirklichung der großen wirtschaftspolitischen Fragen bewähren. Nicht weniger als das deutsche Schicksal hängt davon ab.

Wichtige Beamtenfragen in Preußen.

Beamtenauschuss des Preussischen Landtages. Der Beamtenauschuss des Preussischen Landtages nahm zunächst Kenntnis von einer Erklärung der Regierung zu dem Antrag auf Änderung des preussischen Disziplinargesetzes. Mit Rücksicht auf die Auswirkungen, die die neue Reichsdisziplinarverordnung für die Landesgesetzgebung haben wird, erludt die Regierung, die vorliegenden Anträge zur Änderung des preussischen Disziplinargesetzes bis Mitte Januar nächsten Jahres zu verlagern. Der Minister erklärte sich bereit, falls die Beratungen im Reichstag sich verzögern, an einer Novelle zum preussischen Disziplinargesetz mitzuarbeiten. Ein vom Zentrum eingehender Gesetzentwurf zu den Bestimmungen über den preussischen Personalabbau fand in abgeänderter Fassung dahin Annahme, daß den verbehaltenen weiblichen Beamten das baldige Ausscheiden gegen Gewährung einer Abfindung gestattet werden soll.

Bayern gegen das Reich.

Scharfe Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Held. In Bayern herrscht im Zusammenhang mit der neuen Notverordnung schwere Missstimmung über die Behandlung der Länder durch das Reich. Diese Unzufriedenheit kommt namentlich in Regierungskreisen und in der Bayerischen Volkspartei zum Ausdruck. In einer Unterredung erklärte Ministerpräsident Held erneut, daß in Bayern ein Teil der Bestimmungen der Notverordnung undurchführbar seien. Der Einbruch in die Länderrechte und Länderangelegenheiten sei ganz ungeheuerlich. Die Reichsregierung brauche sich also über die passive Haltung der Länder nicht zu wundern.

Die österreichische Devisenverordnung vom Hauptausschuss des Nationalrates genehmigt. Wien. Der Hauptausschuss des Nationalrates hat die von der Regierung übermittelte vorgeschlagene Devisenverordnung genehmigt. Die Verordnung regelt den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln und ist für in Deutschland bestehenden Devisenmotorverordnung nachgebildet.

Der Diskontsatz der New Yorker Federal Reservebank erhöht.

Die Federal Reservebank hat den Diskontsatz von 1 1/2 Prozent auf 2 Prozent erhöht. Nach einer Meldung aus Washington hat der Gouverneur der Federal Reservebank in New York, Barrison, Präsident Hoover davon unterrichtet, daß der vorgelegene 500-Dollar-Millionen-Emissionsfonds der amerikanischen Creditbanken innerhalb der nächsten 48 Stunden organisiert sein werde.

Keine Senkung der Mieten.

Durch die Notverordnung gebunden. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtages, der sich mit Hauszinssteuerfragen beschäftigte, verlangte Abg. Dr. Kaufhold (Christlich) namens seiner Fraktion eine baldige und entscheidende Senkung der Hauszinssteuer, damit, daß die Miete wieder allgemein auf 100 Prozent der Friedensmiete gesetzt werden könnte. Die Mieten, in denen mehr als 60 Prozent staatlicher Hauszins- und Grundvermögenssteuer enthalten seien, könnten von weiten Kreisen überhaupt nicht mehr bezahlt werden. Die Senkung der Löhne und Gehälter erfordere unbedingt eine Senkung der Mieten. Ministerialdirektor Vogt erwiderte, daß man leider durch die letzte Notverordnung gebunden sei. Preußen könne nicht mehr selbständig vorgehen. Die Mieten entsprächen der Lebensnotwendigkeit. Man könne die Mieten nicht senken, weil dann die Neubauten gar nicht mehr zu vermieten wären.

Die Sprengstoffkumde in der Oberlausitz.

Waren neue Sprengstoffanschläge geplant? In einem Waldstück zwischen Cosel (Oberlausitz) und Petershain wurden vor einigen Tagen größere Mengen Sprengstoff gefunden und von Landjägerbeamten sichergestellt. Es befanden sich in einer Wäsche umgefärbt 50 Pfund Sprengstoffe verschiedener Art, Zündschnüre, Sprengpatronen und elektrische Zünder. Der Verdacht, diese Gegenstände in Waldesverborgen zu haben, richtete sich gegen mehrere Personen aus Petershain, Cosel, Görlitz und Hohenfeyfeld bei Jüterbog. Am 9. Oktober zum 9. Oktober wurden die Verdächtigen festgenommen. Ihre Wohnungen wurden durchsucht. Bei den in Petershain wohnhaften Verdächtigen wurden Wäsche von gleicher Art wie die im Walde gefundene, Zündschnüre, Feuerlöschanlagen und Waffen beschlagnahmt. Die Hände lassen darauf schließen, daß die Verdächtigen mit bestimmten Sprengstoffanlässen in Verbindung standen oder neue Sprengstoffanschläge beabsichtigten. Verhaftet wurden bisher insgesamt neun Personen, außer dem in Hohenfeyfeld verhafteten Knecht Kurt Bartels, der vielleicht mit dem Jüterbogener Eisenbahnattentat in Verbindung zu bringen ist.

4 355 000 Arbeitslose im Reich.

Der herbstliche Anstieg der Arbeitslosigkeit hat auch in diesem Jahre in der zweiten Hälfte des Monats September eine Verstärkung erfahren. Nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter hat die Zahl der Arbeitslosen, die in der vorhergehenden Berichtszeit um 109 000 gestiegen war, in der Zeit vom 15. bis zum 30. September um 31 000 zugenommen und betrug am letzten Stichtage 4 355 000. Die Zunahme seit dem tiefsten Stand des Sommers beläuft sich damit in diesem Jahre auf 401 000, übersteigt also die Steigerung in der entsprechenden Zeit des Vorjahres (389 000) nicht erheblich. Der Ausgangspunkt liegt allerdings in diesem Jahre um etwa 1,5 Millionen höher als 1930.

Die Sachleistungen an Arbeitslose.

Die Ablösung der Unterstützungsgelder. Die in der letzten Notverordnung der Reichsregierung der Reichsanleihe für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erteilte Ermächtigung, die Erwerbslosenunterstützungen bis zu einem Drittel in Sachleistungen zu leisten, ist in dieser Form der Reichsanleihe einigermassen überaus gekommen, obgleich Vorbesprechungen über eine teilweise Ablösung der Unterstützungsgelder bereits seit längerer Zeit geführt worden waren. Auf eine so eindeutige Ermächtigung war die Reichsanleihe jedoch nicht vorbereitet. Der Vorstand der Reichsanleihe wird sich erst im Laufe der nächsten Woche eingehend mit dieser Frage beschäftigen.

Das Wrack der „Newport“ geborgen.

Von den Fliegern keine Spur. Dem Schlepddampfer „Alma“ ist es, wie aus Newport berichtet wird, gelungen, das Wrack des abgestürzten Schienenfahrzeuges „Newport“ zu bergen. Die Leichen der ertrunkenen Flieger hat die Besatzung des Dampfers nicht gefunden. Das Wrack besteht lediglich aus zwei Pontons. Die Kabine wurde trotz eifrigen Suchens nicht gefunden. Man vermutet, daß sie mit den Insassen gesunken ist.

Attentat auf die Wohnung des Essener Oberbürgermeisters.

Sprengstoffattentat im Vorgarten der Villa. Auf die Dienstwohnung des Essener Oberbürgermeisters Dr. Kraft, von dem es in den letzten Tagen hieß, daß ihn der Reichstempel für einen Ministerposten in Aussicht genommen habe, wurde von unbekannten Tätern ein Sprengstoffanschlag verübt. Kurz nach 22 Uhr explodierte im Vorgarten der Villa ein Sprengstoffkörper. Es handelte sich um eine mit Sprengstoff und Schrotfrühen gefüllte Dermacell-Milchflasche, die über den Gartenzaun bis an das Haus geworfen und durch eine Blindtür zur Explosion gebracht worden war. Am Gebäude entstand nur geringer Sachschaden. Einige Fenster Scheiben des Erdgeschosses gingen in Trümmer. Die Polizei hat umfangreiche Ermittlungen nach den unbekannten Tätern eingeleitet.

Explosionsunglück in Gdingen.

Gdingen. In einem neuerbauten Säuerbrot ist durch ein Zündkerzenexplosion ein schwerer Unfall geschehen. Ein Wohnraum wurde zerstört, viele Personen erlitten dabei schwere Verletzungen. Bisler sind zwei Tote und etwa zehn Schwerverletzte geborgen.

Die furchtbare Explosionskatastrophe in Gdingen.

Vermutlich 18 Todesopfer. Die Explosionskatastrophe in der Marshall-Hausfabrik in Gdingen hat weit schlimmere Wirkungen gehabt, als die ersten Meldungen erkennen ließen. Es wurden bisher zehn Leichen geborgen, fünf Frauen, zwei Männer und drei kleine Kinder. Es befanden sich unter den Toten auch die eingekerkerten Säuerbrot noch sechs bis acht Personen, die gleichfalls tot sein dürften. Die Toten sind furchtbar entstellt und kaum wiederzuerkennen. Von den insgesamt 50 Wohnungen des Säuerbrot wurden 14 vollständig zerstört. Etwa 20 weitere Wohnungen sind schwer beschädigt und müssen wegen drohender Einsturzgefahr geräumt werden. In den eingestürzten vierstöckigen Gebäuden wohnten vorzugsweise polnische Beamte.

Alle Heimwehführer aus der Saft entlassen.

Die beiden letzten bei dem österreichischen Heimwehführer in Kloster Neuburg festgenommenen Heimwehführer sind aus der Saft entlassen worden. Es sind dies der Landesführer von Wien, Ingenieur Surtca und Major Schlicht. Die Untersuchung wegen Hochverrats wird gegen beide auf freiem Fuß fortgesetzt.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Nachdem die Verlegung der Befähigung des Steingemalters Oskar Marthardt und des Lagerhalters Friedrich Grube aus Annaburg, zu Gemeindeführern, rechtskräftig geworden ist, macht sich erneut die Feststellung von Ersatzmännern notwendig. Zu diesem Zwecke ist auf Montag, den 19. Oktober 1931, um 17 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathhauses hierorts, Termin angesetzt. Während der Verhandlung steht allen Wahlberechtigten der Zutritt zum Sitzungssaal offen. Annaburg, den 8. Oktober 1931. Der Gemeinde-Vorsteher.

Voltales und Provinziales.

Annaburg. (Theaterabend.) Galspiel der Wanderbühne für Volksbildung. Nachdem es gelungen ist, für den kommenden Winter die Wanderbühne der Gesellschaft für Volksbildung, früher Märkische Wanderbühne, auch für Annaburg zu verpflichten, sei schon heute darauf hingewiesen, daß diese, auch hier schon bekannte Theatergesellschaft, am Sonnabend, den 17. Oktober, ihr diesjähriges 1. Galspiel im „Goldenen Ring“ gibt. Zur Aufführung gelangt das lustige Spiel „Stumm im Wallerles“, von Bruno Frank, ein Stück, das in den letzten Jahren mit größtem Erfolg über alle Großstadtbühnen gegangen ist. Weiter ist erwähnt, daß die Gesellschaft für Volksbildung eine gemeinnützige Gesellschaft ist, die sich zur Aufgabe gemacht hat, durch Vorträge, Beschaffung billiger und guter Bücher usw. Volksbildung zu treiben. Die Wanderbühne selbst hat nur ausgedehnte Kräfte. Es sei nur an das letzte Galspiel dieser Theatergruppe vor etwa 1 1/2 Jahren erwähnt, wo sie mit der Aufführung „Der Willenswurm“, von V. Inngener, einen glänzenden Erfolg errungen hat. Schon damals berichte bei allen Theaterbesuchern die einmütige Meinung, daß solche

Jetzt wieder Lanella GARANTIE-MARGARINE Glückstüten

R.M 50.000 IN BAR und 40.000 SACHPREISE GRATIS! Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann!

PREISVERTEILUNG WEIHNACHTEN



- - nein - „loses“ Persil gibt es nicht!

Und wenn Ihnen trotzdem jemand etwas Derartiges aufreden will mit „ebensogut wie Persil“ - dann sagen Sie einfach:

„Danke sehr“. Sie bewahren sich dadurch vor Schaden!

Persil *edda* nur in Originalpackung!

RS9/31 a.

**Hildegard Schläfer
Rudolf Reinecke**

beehren sich im Namen ihrer Eltern ihre Verlobung bekannt zu geben

Annaburg (Bez. Halle) Torgau
am 9. Oktober 1931

Die Vermählung

unserer Tochter **Hedwig** mit dem Betriebs-Inspektor Herrn **Hans Grau** zeigen an

Bruno Waelisch und Frau

Berlin N 65, den 10. Oktober 1931
Sprengelstraße 38

Empfehle:

Bettbezüge, bunt und weiß
Bettlaken . . . von 2.40—5.00
Schlafdecken . . . von 6.00—9.00
Handtücher . . . von 0.48—1.60
Herren-Normal- u. Futterhosen
Normal-Hemden
Damen- u. Kinder-Schlüpfer
Damen- u. Kinder-Prinzessröcke
mit Futter in allen Größen.

Seb. Schimmeyer.

Serien-Tage

vom 6. bis 10. Oktober

1 Schampon	10 Pfa.	1 Schrubber, 1 Scheuer-	50 Pfa.
1 Hautcrem	10 "	u. 1 Handbürste	50 "
1 Toilettecrem	10 "	4 B. Kohlenanzünder	50 "
1 Zahncrem	10 "	1 Bfd. Schmierleife	50 "
1 Handbürste	10 "	u. 1 Scheuertuch	50 "
2 Paar Schnitz-	15 "	1 Auftragbürste u.	50 "
früchel	15 "	1 Glasbürste	50 "
1 Auftragbürste	15 "	2 große Stück	50 "
1 Rakierpinzel	15 "	Ladenbesetze	75 "
1 Rakierleife	15 "	1 Gokosbehen	95 "
4 Stk. Wollseife	50 "	1 Waschanhänger	95 "
		4 Scheuertücher	95 "

**Marta Stein,
Seifen und Parfümerien.**
Einzigstes Spezialgeschäft am Plage.

Radio

Kompl. Anlagen
Sämtl. Zubehörteile
Akku-Ladestation
Einige Apparate sehr preiswert abzugeben.

Wilhelm Waisch.

Elegante Damen-Mäntel

Durch neue Eingänge ist meine Auswahl noch größer geworden. In allen Preislagen und Größen vom Badfischmantel bis zum richtigen Frauenmantel. Besonders für kleine starke Figuren habe ich Mäntel, die fadellos passen. — Meine Preise bewegen sich je nach Qualität des Stoffes und der Ausführung zwischen **RM. 17.50 bis RM. 54.** —

Ich empfehle eine Besichtigung meines Lagers!

Emil Bortfeld

Sonntag, den 11. Oktober

ist mein Geschäft

von 12 bis 5 Uhr **geöffnet!**

Große Auswahl in

**Mänteln
Kleidern**

J.G.Schneider

Wittenberg — Markt

Dampf - Bettfedern - Reinigung

Als Mitglied des Groß-Einkaufsverband

Norden billigste Preise für gute Qualitäten



sind allen Strapazen gewachsen.
Sie sitzen bequem, sind unverwundlich im Tragen und können in der Fabrik repariert und nahtlos verlängert werden. Durch diese Vorzüge sind sie im Gebrauch stets die billigsten.

Carl Quehl.

Redaktion, Druck und Verlag von Herrn. Steinbeiß, Annaburg

Auch wir

erwarten Dienstag

frisch.Seefische

Beachten Sie bitte die nächste Anzeige mit **unseren** Preisen!

Ab heute **billiger**

Zucker Pfd. 35 Pf.

Garantiert reines

Schweineschmalz Pfd. 58 Pf.

Hamburger Kaffeelager. Bernhard Niemann.

Thams & Garfs

Niederlage Annaburg.

Voranzeige!

Nächsten Sonnabend

Saalsportfest

der Arbeiter-Radsfahrer!

Hotel Waldschlößchen.

Sonntag, den 11. Oktober, nachm.

Kaffee-Kränzchen

mit Unterhaltungsmusik.

Freundl. ladet ein **Hugo Fensch u. Frau.**

„Bürgergarten“

Morgen Sonntag, den 11. Oktober 1931

großer öffentlicher

Ernte-Ball

Stark besetztes Dabeller — Gute Speisen u. Getränke

Eintritt 50 Pf. Tansen frei!

Freundlichst ladet ein

Karl Müller. Max Rohr.

Col. Naundorf.

Sonntag, nachm. von 2 Uhr ab:

Preiskegeln

1. Preis: 1 Hofe.

Abends: **Großer Nietenball.**

Freundlichst ladet ein **Arthur Heinicke**

Fröhe Stunden im gemütlichen Heim

durch eine

Rundfunk-Anlage!

Empfänger und Lautsprecher in modernster Ausführung erhalten Sie kostenlos vorgeführt bei

Herm. Meyer sen.

Sämtliche Zubehörteile.

Akku-Lade-Station!

Aufgaben der Notverordnung.

Die harten Notwendigkeiten der Lage. Über die Aufgaben der neuen Notverordnung äußerte sich Reichsfinanzminister Dr. Dietrich folgendermaßen:

Es verheißt die in der Notverordnung ist, die durch die neue Notverordnung in der Notverordnung, so einheitlich ist doch die Aufgabe, der sie alle dienen sollen. Sie sollen dazu beitragen, der Regierung und der Wiederrichtung die Einstellung und Umkehrung auf die harten Notwendigkeiten der gesamten Lage zu ermöglichen.

Entscheidende Schritte in dieser Richtung werden baldigt zu tun sein. Es wird notwendig sein, daß sich die Bevölkerung darauf jetzt bereits einstellt. Es muß gelingen, das gesamte Preisniveau so rasch auf die vereinbarte Kaufkraft der Abnehmer einzustellen, die Produktionskosten ausreichend herabzusetzen und in dem natürlichen Verhältnis der Preise der einzelnen Warengruppen zurückzuführen, das sich aus den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und aus dem Gebrauchscharakter der Waren im großen Rahmen des gesamten Wirtschaftsverkehrs ergibt. Darüber hinaus wird den Bedingungen, unter denen die Kreditverfugung erfolgt, insbesondere der Gestaltung des Zinsfußes und der Zinspläne, besondere Beachtung zuzuwenden werden müssen.

Die Bewegung ist die Voraussetzung für die zweckmäßige Eingliederung der gesamten Produktion und Aufnahmefähigkeit in den Gang der Volkswirtschaft. Sie ist auch die Voraussetzung dafür, daß Deutschland eine Stellung wahrhaft internationaler Verhandlungen, ohne die eine endgültige Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Spannungen und Zerungen nicht möglich ist.

Wiz dazu muß auch im Außenhandel und in der Devisenbewirtschaftung der außerordentlichen Lage Rechnung getragen werden, den Maßnahmen des Lohn-Devisenrechts wird zu folgen sein, der vor vermeidbaren Einfuhren warnt.

Die Gewerkschaften im deutsch-französischen Wirtschaftsausschuss.

Die Reichsregierung hat die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aufgefordert, insgesamt sechs Vertreter für den bei dem französischen Ministerbüro vereinbarten deutsch-französischen Wirtschaftsausschuss zu benennen. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben sich über einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt. Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund werden Reichstagsabgeordneter Zarnow und Egner, für den Deutschen Gewerkschaftsbund Dte und Dr. Jahn, für den Freiwirtschaftlichen Nationalen Gewerkschaftsbund Reichstagsabgeordneter Demmer und für den Fabrikum das Mitglied des Reichstagsabgeordneter Schweizer delegiert.

Das Handwert und die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen.

Der Reichsverband des Deutschen Handwerkes hat in einem Schreiben an den stellvertretenden Reichswirtschaftsminister die Hinzuziehung von Vertretern des Handwerkes zu den in Aussicht an den künftigen Besuch des französischen Ministerpräsidenten geplanten deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen beantragt. Die Eingabe unterstreicht die Wichtigkeit des zu erörternden Ausschusses für das Handwert und weist u. a. auch darauf hin, daß die französischen Gewerkschaften vereine im gleichen Sinne bei ihrer Regierung vorstellig wurden.

Lord Cecil für allgemeine Abrüstung.

Lord Cecil sprach in Rom über die Notwendigkeit der Abrüstung. Besonders bemerkenswert war sein Hinweis auf die Unhaltbarkeit ungleicher Rüstungsmaßnahmen.

Wenn Deutschland in Verhältnis seine Zustimmung zur Abrüstung gegeben habe, so habe es das unter dem ausdrücklichen Vorbehalt getan, daß gleiche Maßnahmen auch in den anderen Staaten ergriffen werden würden. Von großem Interesse ist ferner der Vorbehalt Cecilis, das Verbot: derjenigen Waffenkategorien, die Deutschland in Versailles unterworfen wurden, d. h. des Militärluftwesens, der U-Boote, der Kriegsschiffe über 10 000 Tonnen, der schweren Feldgeschütze und der Tanks, auf alle Nationen auszu dehnen und, wenn das unmöglich sei, wenigstens die Militärschiffverträge und die U-Boote abzuschließen.

Lord Cecilis Ausführungen gewinnen an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß Lord Cecil in Genf erst kürzlich die Ansicht Großbritannien über die Frage der Abrüstung vertreten hat.

Der Rat der Union der Rüstungsabwiger, der gegenwärtig in Perugia tagt, hat für das nächste Jahr Lord Cecil zu seinem Präsidenten ernannt. Ferner hat der Rat beschlossen, an der großen Abrüstungsabstimmung teilzunehmen, die unter dem Vorsitz von Lord Cecil am 26. und 27. November in Paris stattfinden wird.

Die Interparlamentarische Konferenz in Bukarest. Auf der Interparlamentarischen Konferenz fand eine Aussprache über die von Deutschland eingebrachten Zusatzanträge zur Abrüstungsfrage statt. Der deutsche Grundgedanke lautet: Gleiches Recht, gleiche Pflichten für alle Völker. Dagegen protestierten die Amerikaner und Japaner, die mit Rücksicht auf die russischen Nachbarn das Ausmaß der Abrüstung von der geographischen Lage abhängig machen wollen.

Restgehalt in Zeitbeträgen.

Die Zahlung der Beamtengehälter in Preußen. An zünftiger preussischer Stelle wird die Nachricht bekräftigt, daß die am 10. d. M. fällige Hälfte der preussischen Beamtengehälter nur zur Hälfte ausgezahlt werden konnte. Die Beamten erhalten am 10. d. M. demnach nur ein Viertel ihres Monatsgehältes. Die Auszahlung des Restgehaltes richtet sich nach der Kassenlage.

Wir brauchen langfristige Kredite!

Reichsminister a. D. Bernes auf einer Bankiersversammlung.

Auf dem 36. Verbandstag der niederösterreichischen ländlichen Genossenschaftlichen Bankvereine hielt Reichsminister a. D. Dr. Bernes als Präsident des Reichsverbandes der Genossenschaftlichen Bankvereine das Hauptreferat. Dr. Bernes führte u. a. aus: Die verfehlte Kreditpolitik der Reichsregierung habe zu einem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft geführt, und das Vertrauen vieler Volksteile zur Reichsregierung sei im Laufe der Zeit ins Wanken geraten. Wir würden auch in sechs Monaten nicht instande sein, die kurzfristigen Kredite zurückzugeben; langfristige Kredite würden an ihre Stelle treten müssen.

Die Zukunft dränge auf die Herstellung eines besseren Gleichgewichts zwischen Industrie und Landwirtschaft. Gegen die Stunde sei jetzt die Selbsthilfe, wobei Hilfe Fühlung mit dem Ausland nicht außer acht gelassen werden dürfe. Pflicht im Innern liege Wiederherstellung der Rentabilität der eigenen Wirtschaft, Drohung der nicht lebensnotwendigen Einfuhr, parnasische Devisenwirtschaft. Hierbei solle sie sich ein Beispiel an der rüstungslosen Einfuhrbeschränkung Frankreichs und Englands nehmen. Einer organisierten Nachfrage müsse sich unbedingt auch ein organisiertes Angebot gegenüberstellen. Was das Zusammenhalten anlangt, so solle die Landwirtschaft von den vorbildlichen Maßregeln des Arbeiters lernen.

Die Grüne Front und Schiele.

Zu der Polemik des Reichsernährungsministeriums gegen den Reichslandbau teilte der Präsident des Reichslandbundes, Graf von Salferich, mit, daß er nach wie vor die Anfristung vertritt, daß angesichts des Devisenmangels in Deutschland einerseits und der Lebensnotwendigkeit andererseits sofortige Regierungsmaßnahmen egeben müßten.

Gegen die Weltdepression.

Hoover über die Besprechungen im Weißen Hause. Präsident Hoover erklärte in einer Pressekonferenz, der Zweck der Besprechungen im Weißen Hause sei die Aufstellung eines konstruktiven Programms zur Bekämpfung der Weltdepression. Der Präsident fügt hinzu, daß hauptsächlich national-amerikanische Probleme den Gegenstand der Beratungen bilden würden, andererseits aber auch Fragen internationalen Charakteres besprochen werden sollten.

Englische Neuwahlen am 27. Oktober.

Auflösung des englischen Parlaments. Macdonald gab im Unterhaus bekannt, daß der König der Auflösung des Parlaments für Mittwoch und dem 27. Oktober, zugestimmt habe.

Das neue Parlament wird voraussichtlich am 10. November zusammentreten.

Wahlmanifest der britischen Regierung. Die Nationalregierung wird ein Wahlmanifest herausgeben, in dem sie mit der Parole des Wiederaufbaues vor das Land hintreten will. Das Manifest wird voraussichtlich nur von Macdonald unterzeichnet sein. Jede Partei wird außerdem noch ihren eigenen Wahlaufruf veröffentlichen, so daß die Wähler sich also zwischen den Konferenzen, den Simon-Überreden, den Forderungen der Arbeiterpartei und schließlich auch noch den Arbeiterkandidaten, die Macdonald unterstützen, entscheiden können.

Macdonald hat erklärt, daß er im Wahlkampf als Arbeiterkandidat kämpfen werde. Er erhebt die Anforderung an seinem alten Wahlkreis, dort zu kandidieren. Sollte er hier annehmen, so werden die Arbeiterpartei und Liberalen dort keinen Kandidaten aufstellen. Die Arbeiterpartei wird jedoch einen Gegenkandidaten ernennen.

Kurze politische Nachrichten.

Die kommunistische Partei Braunschweigs hatte im Frühjahr ihre Anhänger zu einem Volksbegehren auf Auflösung des Braunschweigischen Landtages aufgefordert, zu dem die erforderliche Stimmzahl angebracht wurde. Nachdem der Landtag auf das ihm zuzuschreibende Rechtsmittel der Selbstauflösung verzichtet hat, ist verfassungsmäßig von der braunschweigischen Staatsregierung der Volksentscheid auf Auflösung des Landtages für Sonntag, den 15. November, anberaumt worden. Für ein Gelingen des Volksentscheides ist die einfache Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich.

Die Goldbestellungen für die Bank von Frankreich, die seit dem Sturz des englischen Pfundes wieder in großem Umfang eingeleitet haben, nehmen ihren Fortgang. Nachdem erst am Montag die „Europa“ über 250 Tausend Gold in Eberburg abgeliefert, traf von Amsterdam kommend, 4658 Kilogramm an dem Pariser Flughafen Le Bourget ein. Der Amerikadampfer „Mantilla“ hat ebenfalls 267 Tausend Gold für die Bank von Frankreich und eine schweizerische Bank an Bord.

Die goldene Brücke

Roman aus der Webermeierzeit von Anna Wotje.

6. Fortsetzung. Heute trat er den Fleischhock nicht wie sonst in die Sülze. Er mirgte ihn herunter wie das erste Mal und sah nicht, wie sich die Kollegen anstießen und die Zehrflinge verfloßen fierten.

Alle schwiegen. Nur Herr Provisor Wengler sprach. Das war so Eitel in der Bauerschen Apotheke. Er redete in salbungsvollen Tönen und streute Weisheitskörner, wie er meinte, in die Herzen der leichtlebigen Jugend, die heimlich über ihn grünte. Einmal sprach er das Füllgebet gesprochen, das etwas flüsternd von den Lippen des jüngsten Lehrlings kam, und Oberhard nickte bereit auf, als er in die obersten Stockwerke hinaufschritt, wo ihn der Chef in seinem Studierzimmer erwartete.

Es war ein dunkel ausgeleitetes, großer Raum mit vielen Bilderregalen, schwarzen, steifen Eisenmöbeln mit schwarzen Lederbezügen und vielen Glaschränken mit allerlei wertvollen Präparaten, über die Oberhard Bauer gebannt stand, als Oberhard nach kurzem Anstehen über die Schwelle trat.

Oberhards Antlitz war ganz ruhig. Die schlanke Gestalt hochaufgerichtet, sah er eben und klar in die zornig aufblitzenden Augen seines Chefs.

„Sie kommen spät, Herr Zimmelman“, — seltsam Oberhard aus den Lehrlingsjahren heraus war, nannte ihn Oberhard Bauer nicht mehr bei Namen. „Wissen Sie nicht, daß es unfeinlich ist, auf sich warten zu lassen?“

Oberhard trat das Blut heiß ins Gesicht. Er begann sich, „Ihr Wunsch, mich zu sprechen, Herr Bauer, lautete noch nicht. Wir sind jedoch fertig geworden.“

Oberhard Bauer biss sich auf die Lippen. Es war ihm unangenehm, daß er sich hätte hinsetzen lassen, schon von vornherein seine gereizte Stimmung zu zeigen.

Er ließ sich etwas unwillkürlich in den hohen, geschmigten

Stuhl mit schwarzem Lederbezug nieder und fuhr sich mit der weißen, schmalen Hand durch seine dichten Locken. Oberhard einen Stuhl anzuheben, fiel ihm nicht ein.

„Wie kommt es“, fragte Oberhard Bauer, gleichsam überlegend, „daß ich durch Dortzgen erfahren muß, daß Sie mein Haus, in dem ich Sie aus Gnade und Mitleid aufnahm, verlassen wollen? Oweint Sie sich seinem Wohlwäter gegenüber? Und nicht genug daran, Sie erweisen sich sogar, mein unschuldiges Kind zu küssen! Was denken Sie sich denn, Herr!“

„Ihre er aufspringend Oberhard während an.“

Brennende Röte lag über das Antlitz des jungen Mannes, aber die Zeiten waren vorbei, wo ein Bild Oberhard Bauers ihn erzittern machte.

„Sie haben ganz recht, Herr Bauer, wenn Sie erwarten, von mir selbst zu erfahren, daß ich meine Stellung hier aufgeben will. Ich bedauere sie ordnungsgemäß zu kündigen, daß die Verhältnisse mich zwingen mich jetzt, noch heute um meine Entlassung zu bitten.“

„Verhältnisse? Was sind das für Verhältnisse? Ungebührlich benommen haben Sie sich, und da wollen Sie hoffen, daß Sie gehen? Rausgeschmeißen will ich Sie! So haben, Sie verstehen das Wort. Sa ist die Zeit!“

Jimmelman rührte sich nicht. Nur sein schwarzmarziertes Gesicht mit der breiten Stirn und dem leicht gemelten, braunen Haar war blaß geworden.

„Haben Sie nicht verstanden, Herr!“

„Ihre ich den der Apotheker an.“

„Gehr gut, Herr Bauer. Aber Ihr sogenannter Rausgeschmeißen kommt etwas zu spät, nachdem ich Ihnen erklärte, daß ich heute Ihr Haus verlasse. Ich möchte nur noch ein paar Worte über Dortzgen sagen.“

Sahen Sie gefälligst Ihren Mund!“

„Ihre ich den der Apotheker an.“

rauhhin aufsteht? Einsetzen kann ich Sie lassen, und ich würde es ohne Bedenken tun, wenn ich nicht Dortzgen, die gar nicht einmal weiß, was sie getan hat, schonen wollte.“

Oberhard Jimmelman war kein Feind, als wollte er seinen Herrn zu Boden schlagen. Seine großen grauen Augen flammten, und Zornesröte überzog sein wilderregtes Gesicht.

„Sind Sie wahrhaftig?“

„Ihre ich den der Apotheker an.“

„Sa“, kam es leuchtend aus der Brust des jungen Mannes. „Wenn Sie nicht Dortzgens Vater und der Mann der Frau wären, die mit Armen Gütes erwiesen, ich würde es ohne Bedenken tun. Ich meine, Sie verdienen gar nicht, daß ich Sie schätze, denn die Art, wie Sie eine unschuldige Verlobung Ihres Kindes auflösen, zeigt mir am besten Ihre niedrige Bestimmungslage.“

„Herr“, brauste Oberhard auf und seine Hand fuhr nach dem Degen, der als letztes Ueberbleibsel aus seiner Studierzeit neben seinem Schreibtisch lag. „Sie wagen es, mich zu beleidigen? Sie, den ich aus Mitleid hier aufnahm, der durch mich vor dem Hungerode bewahrt blieb, den ich etwas leuten ließ? So danken Sie mir?“

Werkwürdig, sehr schwante Oberhard Bauers Stimme ein wenig.

„Ich schuldete Ihnen keinen Dank, Herr Bauer. Für das, was Sie an mir getan, habe ich gearbeitet, in harter Dienstbarkeit Jahr um Jahr. Nicht nur meinen Körper haben Sie durch Arbeit bis in die Nacht hinein getrieben, nein, auch meine Seele haben Sie zu fesseln verurteilt, weil allein Ihre Wille ein Recht hat. Retzieren wollten Sie mich auch, wie Sie das Herz der Frau getrieben haben, die mit mir wie eine Mutter voll harter Güte entgegenkam und sanft ansagte: Ich verstehe Sie, Sie sind unglücklich. Sie sind bald, Dortzgens Mutter war es — die mir, dem fremden, armen Waisenknaben, Dortzgen aus Herz legte, weil sie niemand im Hause wußte, dem sie ihr Kind anvertrauen konnte.“

(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Burgauerstr. 8, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Verzögerung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 3 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Sonntagen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Restamtteil 30 Goldpfennig, einschl. Umrahmung. Scherzblätter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 121.

Sonnabend, den 10. Oktober 1931.

34. Jahrg.

Brünnings neues Kabinett fertig

Brüning bei der Regierungsbildung.

Empfänge und Absagen.

Reichszugler Dr. Brüning hat am Freitag seine Bemühungen fortgesetzt, die neue Reichsregierung zu bilden. Es sind vor ihm auch neue Männer empfangen worden, da er von einigen von ihm vorgesehene Ministerkandidaten Absagen bekommen hat. So wird bekannt, daß der Ehrenvorsitzende der DVP, Reichsminister a. D. Scholz, in einem Schreiben an den Reichszugler einen Eintritt in das Kabinett abgelehnt hat. Er erklärt darin, auf Grund seiner langjährigen parlamentarischen Erfahrungen sei er zu der Überzeugung gekommen, daß es jetzt an der Zeit sei, die Rechte zur Verantwortung herauszugeben; er sehe sich deshalb außerstande, die ihm von Reichszugler Brüning angebotenen Ministerien (Inneres und Justiz) zu übernehmen.

Dr. Brüning hatte, wie weiter bekannt wird, Verhandlungen mit den Industriellen Dr. Böcker, Dr. Silberberg und Dr. Schmitz, die längere Zeit im Anspruch nahen. Sie drehten sich, wie man hört, um allgemeine Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik.

In politischen Kreisen schwärmen übrigens für den Fall, daß Dr. Brüning seinen Kontakt mit der Regierungsbildung haben sollte, Namen anderer Kanzlerkandidaten umher. So wurden genannt der ehemalige Reichswehrminister Dr. Geyer, der frühere Reichszugler Guno, Reichsbaupräsident Dr. Lütber, Frhr. v. Gahl u. a. Die nationale Opposition erklärte allen diesen Kombinationen gegenüber, daß „keinerlei Rechts-Zerlegung der Mitte, wie auch immer sie verfaßt aussehende müßte, auf Schöning durch die nationale Opposition zu rechnen hätte“.

Nach zweitägigem Suchen ist es Reichszugler Brüning gelungen, sein neues Kabinett zu bilden. Die neue Ministerliste sieht so aus:

- Reichszugler und Außenere: Brüning,
- Bizanzler und Finanzen: Dietrich,
- Innere und Reichswehr: Gröner,
- Wirtschaft: Professor Warmbold,
- Justiz: Joel
- Verkehr und Siedlung: Treviranus,
- Arbeit: Stegerwald,
- Post: Schäkel,
- Ernährung: Schiele.

Wieder eine „Annäherung“.

Was will Laval in Washington?

Die beherzigenswerten Worte des amerikanischen Präsidenten vor dem panamerikanischen Wirtschaftstreffen in Washington, daß seine Regierung eine Annäherung aufnehmen oder gewähren sollte, wenn diese nicht wirklich für produktive Zwecke bestimmt sei, insbesondere dann nicht, wenn sie für militärische oder Kriegs-zwecke Verwendung finden sollen, müßte er dahin ergänzen, daß auch

keine Reparationen

an Länder gezahlt werden dürften, die dieses Geld in Kriegszwecken anlegen. Da der französische Ministerpräsident mit Hoover bei seinem Besuch im Reichs Saale auch die Reparationsfrage besprochen wird, so wird der Amerikaner wahrlich kein Gelegenheit nehmen, den Franzosen darauf hinzuweisen, daß ebenso gefährlich wie Anleihen zu Rüstungszwecken auch Forderungen sind von sogenannten Reparations-schulden, d. h. Einlassung von Tributen zwecks Anschaffung von Kriegsmaterial. Während in Amerika bereits die Erkenntnis

vom Fluch des Goldlegens

auf dem Markt zu sein scheint, gilt das gleiche noch nicht für Frankreich, das sich bekanntlich bisher allen internationalen Vermittlungen um die gleichmäßigere Verteilung von Geld und Kredit hinsichtlich widersetzt hat. Vielleicht führt die Aussprache zwischen den führenden Männern der beiden Länder

mit dem „großen Fortemonnaie“

dazu, den Boden aufzulockern, damit das vorläufig noch so kümmerliche Pfälzchen Tributredition Wurzel fassen und wachsen kann.

Die Harzburger Tagung.

„Wienstündung der nationalen Bewegung.“

Der deutsch-nationale Vertreter im Arbeitsausschuß der Nationalen Opposition, Reichstagsabgeordneter Schmidt-Sauer, äußerte sich über die Harzburger Tagung einem Journalisten gegenüber. Der Zeitpunkt wurde mit Rücksicht auf den Reichstagsbeginn gewählt. Daß er eine Willensäußerung der Willensfront der gesamten nationalen Bewegung gerade am Vorabend der amerikanischen-französischen Verhandlungen ermöglicht, werten wir als besonders glücklichen Umstand. Bei der inneren Bräutigamkeit der Regierung Brüning hat es uns nicht überlassen, daß das Bekanntwerden der Tagung den Regierungskurs auslöste.

Aber die nervösen Versuche, durch eine scheinbare Rechtsverlagerung des Kabinetts unseren Druck abzuschwächen und ein „Stillsitzen“ der parlamentarischen Mittelgruppen zu erreichen, können wir mit Ruhe zur Tagesordnung übergehen. Harzburg soll nicht neue Organisationsformen schaffen, wie man sie in der Mitte zur Tagung ihres Verfalls künstlich aufzuschieben sucht; es solle der lebendige Ausdruck eines Kräftestroms sein, den man mit Verbotsworten und Stillhalten nicht anhalten wird. Die Weisung im Zusammenhang der Harzburger Tagung, auch aus Kreisen, die sich bisher nicht zur nationalen Opposition bekannten, überließen weit die durch die Raumverhältnisse leider gezogenen Grenzen.

Die Pressefelle der Reichsleitung der NSDAP betont zur Harzburger Tagung: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als der weitaus stärkste und entscheidende Machtfaktor im Ringen um ein neues Deutschland gehe nach Harzburg, um ihren nationalsozialistischen Willen im Rahmen der dort bestehenden Opposition gegen das System Brüning zehntausend Ausdrück zu geben und zur stärksten politischen Auswirkung zu bringen.

Hiller bei Hindenburg?

Von nun unrichtiger Seite wird bekannt, daß für Sonnabend ein Empfang Hillers bei Reichspräsident von Hindenburg vorgesehen sei. Bei diesem Empfang soll es zu einer Aussprache über die politische Lage kommen. Bedenklich ist dabei, daß diese Aussprache noch vor der Harzburger Tagung der nationalen Opposition stattfinden soll. Es ist übrigens das erriemat, daß der Reichspräsident Hiller sehen wird. Schon vor einiger Zeit politischen Kreise Gerüchte, daß Hiller Empfang beim Reichspräsidenten nachgeholt habe, Gerüchte wurden inoffiziell damals benannt.

Der amerikanische Votschafter in Paris hat eine Aussprache über den Besuch Laval's bei Hoover angekündigt. Wir stehen am Vorabend eines einwöchentlichen Aufenthaltes in Paris, bei dem die amerikanische Annäherung zum Westblock gemeint zu werden. Die Begegnung des Präsidenten Laval mit Präsident Hoover wird es die Grundlage für eine reifliche Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zu finden. Der realer Votts aufgeben sein müßte und deren bei der Wiederherstellung der Weltfrieden darf nicht sofort auf Wunder rechnen, aber darf gegung auch nicht zu wenig Bedeutung beimessen. Deutschland ist nun schon so oft

mit „Annäherungen“ vertriebt

und auf ihre voraussichtlichen Erfolge verweist, daß es fast aufgehört hat, an sie zu glauben. Wollte man sich überlegen, inwiefern die Annäherung der Amerikaner Frankreich für sie selbst und für die Weltvorteile herauskommen wird.

Hoover und die Tribuffrage

Der erste Schritt von Deutschland erwartet. Die Ausführungen Hoovers auf der überparteilichen Konferenz im Reichs Saale haben in weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit eine gewisse Enttäuschung verursacht. An zukünftiger Stelle wird demgegenüber betont, es sei eigentlich selbstverständlich, daß Hoover trachte, zunächst Ordnung in Amerika selbst zu schaffen. Außerdem sehe Hoover auf dem Standpunkt, daß die Schulden- und Tribuffrage noch mit Laval erörtert werden müßte, daß er sich aber schon, Laval hierbei vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Es ist bekannt geworden, daß Präsident Hoover tatsächlich die Absicht hatte, bei dem Reichs Saale tagungsfreundigen Konferenz eine zweijährige Verlängerung des Moratoriums vorzuschlagen. Der Widerspruch verschiedener Senatoren und Abgeordneter zwang Hoover zum Rückgeben. Das Staatsdepartement ist von dem Pariser amerikanischen Votschafter unterrichtet worden, daß Laval bereit sei, die Schuldenfrage zu besprechen. Die Franzosen würden jedoch keine Moratoriums-Verlängerung zustimmen, ohne gleichzeitig festzusetzen, was den weiteren Fortschritten zu folgen habe.

In einer Meldung des Washingtoner Korrespondenten der „Londoner Times“ heißt es, daß in der Tribuffrage und Schuldenfrage nunmehr die Initiative von Europa bzw. Deutschland kommen müsse. Über diese angebliche Auffassung des amerikanischen Präsidenten liegt in Berlin, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, keinerlei Mitteilung vor.

Hoover gegen die bisherige Anleihepolitik.

Auf der Panamerikanischen Wirtschaftskonferenz, die in Washington eröffnet wurde, hielt Präsident Hoover eine bemerkenswerte Rede, in der er schonungslos die Anleihepolitik der letzten Jahre verurteilte. Hoover ging dabei so weit, die amerikanischen Bankiers geradezu als mitschuldig an der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise anzusehen. Die Bankiers und Regierungen sollten es sich zum Prinzip machen, Anleihen weder zu geben noch zu nehmen. Insbesondere sei vor Anleihen zu warnen, die von den Regierungen zum Ausgleich der Staatsschulden aufgenommen würden, deren Zehntel durch Münzprägung oder unproduktive öffentliche Arbeiten einfließen könnten. Jede andere Anleihe, so erklärte Hoover, müsse zur Verarmung des anleihenehmenden Volkes führen.

Scharfmacherei gegen die Verlängerung des Hoover-Jahres.

Auf der Tagung des Amerikanischen Bankierverbandes in Atlantic City wandte sich der Direktor der Bankers Trust Company in New York, Fred Kent, in scharfer Form gegen die politischen Behauptungen, die Hoover gegen die Schuldenmoratoriums-Verlängerung wolle. Er erklärte, ein Erfolg derartiger Behauptungen müsse eine Weltwirtschaftskatastrophe herbeiführen.

des Reichsrats.

In seiner Sitzung zunächst drei an, die den langgehegten und Juristenkreise nach Ver internationalen Recht

Landes Oldenburg wurde das die um fünf Jahre bis Ende Vertreter des Reichsrates in der übertragene Minister Dr. Vertreter der anhaltische Recht

ferner einer Ausführungsbericht schaffen soll, daß Wirtschaft nicht selbständige Gewerbe Landesoberhöhen vereinigt und können. Die Notwendigkeit zur fürprüfer habe sich, wie durch aus der Unterfertigung der Versicherungsaufsicht und aus der reform ergeben.

Verordnung Zustimmung, die in- und Abwindungsbremerieien von zugelaufenen inländischen dadurch eine weitere Vermehrung der Obsterne dieses Jahres

die Wirtschaftsnot.

England zum Mitarbeiter bereit. Der englische Außenminister Lord Reading erklärte vor seiner Abreise aus Paris der Presse, er habe seinen französischen Kollegen in aller Öffentlichkeit die Lage seines Landes dargelegt, während mit ihm die französischen Minister mit der gleichen Offenheit von der Lage Frankreichs gesprochen hätten. Der Zufall habe es gewollt, daß er sich gerade zu einer Zeit in Paris befunden habe, in der die Mitglieder des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses ernannt worden seien.

